

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 45.—
monatlich Mk. 15.—

Salver
Montag, den 22. Mai 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
60 Hg, auswärts 70 Hg., im Reklameteil 1 mm hoch
40 mm breit 3.00 M.
Offerten-Beforgung 3.00 M.

22. Jahrgang

* Die Konferenz in Genua wurde am Freitag mit einer feierlichen Schlußsitzung beendet, in der Dr. Rathenau und Lloyd George bedeutende Reden hielten.

* Die Kommissionsbeschlüsse der Wirtschaftskonferenz wurden von der letzten Vollversammlung in Genua gutgeheißen.

* Bei den Verhandlungen zwischen Minister Hermes und der Reparationskommission scheint durch ungünstige Nachrichten aus Amerika in der Anleihefrage eine Stöckung verursacht zu sein.

* Ein Mitglied des amerikanischen Konzerns prüft zurzeit im Rheinland die Frage des weiteren Verbleibens der amerikanischen Truppen.

* In Österreich wird der Rücktritt des Kabinetts Schober wegen Differenzen mit den Sozialisten und den Großdeutschen erwartet.

Mit einem großen raschen Schritt ist die Weltgeschichte wieder einmal ein Stück weitergegangen. Am Sonntag abend trifft der Reichkanzler in Berlin ein, und damit ist für uns das Kapitel Genua endgültig beendet. Daß es ein weltgeschichtliches Kapitel war, ist nicht nur von einem hervorragenden Amerikaner behauptet worden, sondern wird — man mag den Erfolg der Konferenz im übrigen bewerten wie man will — wohl allgemein anerkannt werden. Aber die Weltgeschichte steht nicht still und im gleichen Augenblick, in dem Genua zu Ende geht, finden wir, daß der neue Schauplatz und Schwerpunkt der Weltpolitik wieder einmal in Paris liegt. Dort fallen nun die Würfel nicht nur über das deutsche Schicksal, sondern alle großen Fragen, zu deren Lösung Lloyd George die Konferenz von Genua erwirkt hatte, erfahren ihre praktische Erörterung nunmehr in dem Kreise, den Frankreich gezogen hat. Hier wirkt auch Amerika mit, das sich sowohl der Einladung nach Genua entzogen hat, wie auch die Fortsetzung in Haag nicht mitmachen will. Der Posten in Paris ist für Deutschland ungleich wichtiger als die beschiedene Mitwirkung in Genua gewesen ist, und Dr. Hermes hat in Paris eine ungleich schwerere Mission zu erfüllen als die an sich gewichtigere Delegation zum europäischen Kongress an der Riviera. Die Verhandlungen finden in Paris hinter verschlossenen Thüren statt, genau wie Frankreich es vorschrieb. Alles, was darüber in der französischen Presse steht, ist unsicher, nur darauf eingestrichelt, in der öffentlichen Meinung zu wirken und insolge dessen einen Druck auf die Verhandelfnden auszuüben.

Der Versammlung vom 31. Mai, der Deutschland wochenlang in Atem hielt, wird jetzt vielleicht in seiner Bedeutung unterschätzt. Man sieht sogar gewöhnlich in den Pariser Verhandlungen der Reparationskommission mit Dr. Hermeles die Anleihefrage als das wichtigste Moment an. Darin scheint sich die Auffassung auszudrücken, daß man schon zufrieden sein könnte, wenn als einziges Ergebnis eine bescheidene Auslandsanleihe für Deutschland erwirkt werden kann, die die akute Gefahr weiterer Verwicklungen hinauschieben und ein Moratorium möglich machen würde. Eine solche Auffassung wäre sehr kurzfristig, denn nicht in der Anleihefrage ist der wichtigste Punkt der Pariser Erörterungen zu finden, sondern in einer Lösung des Reparationsproblems, die auf praktische Durchführungsmöglichkeit Anspruch machen kann. Dafür sind indessen die Aussichten weniger günstig, da Frankreich seinen Trumpf in der Hand behalten will, den es als unbefriedigter Gläubiger besitzt, da er sich dann jederzeit nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber den Staaten, die mit ihm gemeinsam die Reparationssumme festzusetzen haben, in einer Vormachtsstellung befindet.

Man weiß, daß der deutsche Finanzminister umfangreiche Unterlagen mitgenommen hat, um selbst den ungünstigsten Gläubigern die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Befriedigung der Reparationsansprüche zu beweisen. Wir sind darauf gefaßt, daß es trotzdem heißen wird, die deutschen Garantien seien unzureichend, und die direkte und unmittelbare Kontrolle sei der einzige Weg, der den Reparationsgläubigern und eventuellen Kreditgebern eine Sicherheit für ihre Forderungen bieten könnte. Es fragt sich nur, ob diese Stimme durchdringen wird oder ob die Reparationskommission in ihrer Gesamtheit das als genügend erachtet, was die deutsche Regierung freiwillig bietet. Nicht so dringend scheint im Augenblick die Sanktionsfrage zu sein. Wenn auch Poincaré die Besetzung des Ruhrgebietes proklamierte und sich dagegen bei seinen Verbündeten ein Entrüstungssturm erhob, so hat Frankreich zum Ausgleich seiner Forderungen sicher soviel andere Zugeständnisse erhalten, daß es bei den gegenwärtigen Verhandlungen die ausschlaggebende Rolle spielen kann.

Verhandlungen, die ausgemachte Bedingung ist, daß Frankreich trotz aller seiner Seizsprünge sich nicht isoliert hat. Mag vielleicht auch Lord Greß Feldzug gegen Lloyd George noch nicht die Majorität des englischen Volkes hinter sich haben, so ist er doch ein weiteres Zeichen dafür, daß Lloyd George einsehen muß, wenn er sich halten will. Auch die französischen Anknüpfungsversuche in Amerika sind auf keinen Fall zu unterschätzen. Gehen auch die großen Interessen der angelsächsischen Völker zusammen, so fragt es sich doch bei politischen Augenblidsentscheidungen, wo der gegenwärtige Vorteil liegt. Lloyd George darf das englisch-französische Zusammenarbeiten in keinem Falle riskieren, und diese Lage bedingt, daß Frankreich bei den Verhandlungen der Reparationskommission mit Dr. Hermes die eigentliche Entscheidung in der Hand hält. Nur dadurch, daß Frankreich Geld braucht und dieses nur durch eine Deutschland zugewandene Auslandsanleihe erhalten kann, rechtfertigt sich die Erwartung, daß schwere Komplikationen für den 31. Mai unmittelbar nicht zu befürchten sind. Der nachthe augenblickliche Nutzen wird also vielleicht zuwege bringen, was jahrelange vernünftige Vorstellungen und im Garantieninteresse angestellte Erörterungen vergebens aufzubringen.

Die Welt und die Weltgeschichte, — das zeigt sich auch bei dem gegenwärtigen Szenenwechsel zwischen Genua und Paris — wird immer noch von wenig Vernunft, wohl aber stark von den nüchternsten Nützlichkeitsbetrachtungen geleitet.

Eine Rede Nathenans.

In feierlichster Form, die an die eindrucksvolle Eröffnungssitzung der Genueser Konferenz vor 6 Wochen erinnerte, hat am Freitag die letzte Plenarsitzung der Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden, mit der zugleich der offizielle Schluß der großen Tagung verbunden war. Wieder war der Palast in weitem Umkreis militärisch gesichert, und wieder bot die Aufsahrt der Delegierten ein festliches Bild für die zahllosen Zuschauer. Zunächst berichtete der Delegierte Colrat über die Arbeiten der Wirtschaftskommission mit dem Vorschlage an die Nationen, sich auf dem Wege eines gemeinshaftlichen Abkommens zu einigen. Es sei Zeit, zu einer gesunden Wirtschaft zurückzukehren. Die gemeinschaftliche Zusammenarbeit aller Völker sei das Wünschenswerteste. Europa müsse in Zukunft für den Geist der Konferenz von Genua arbeiten. Auch der italienische Handelsminister Rossi betonte, daß die Vorschläge der italienischen Delegation darauf hingezielt hätten, die jetzt wirtschaftlich getrennten Staaten zu einer wirtschaftlichen Solidarität zu vereinigen. Der Geist, der alle Entschlüsse befeele, sei der Geist der Freiheit des Handels. Dann folgte die Rede des deutschen

Außenministers Dr. Rathenau.

Der Minister sagte: Ich will versuchen, die vier großen und unausgesprochenen Wahrheiten darzulegen, die mir aus den Beratungen hervorzugehen scheinen und die, wie ich glaube, unbedingte Voraussetzungen für eine Gesundung der Weltwirtschaft bilden. Die erste dieser Wahrheiten lautet: Die gesamte Verschuldung der Länder ist zu groß im Verhältnis zu ihrer Produktionskraft. Die heutige Verschuldung beläuft sich auf mehr, als die Staaten in Jahrzehnten ersparen und abzahlen können. Es bleibt somit nur der Weg der Sanierung und des Schuldbausens übrig.

Die zweite der Genueser Wahrheiten scheint mir zu liegen in dem Satz, daß kein Gläubiger seine Schuldner am Bezahlen der Schulden hindern sollte. Es sollte damit jedes Land, das Zahlungen zu empfangen wünscht, seinen Schuldnern solche Erleichterungen der Einfuhr gewähren, die es ihm ermöglichen, den geschuldeten Betrag ohne unwillkürliche Erhöhung zu leisten.

Die dritte der Wahrheiten ist vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck gekommen und ausgesprochen in dem Satz, daß die Weltwirtschaft erst dann wieder hergestellt werden kann, wenn das wechselseitige Vertrauen wieder gewonnen ist. Dieses Vertrauen kann aber nur wiederkehren, wenn die Welt im wahren Frieden lebt. Der heutige Zustand der Welt ist nicht Frieden, sondern ein Zustand, der dem Kriege ähnlich ist, jedenfalls ist es kein vollkommener Friede. Man fragt sich, ob es denn wirklich kein Mittel gibt, die erschöpften Kräfte des Weltverkehrs zu beleben, die Maschinerie der Weltproduktion von neuem in Bewegung zu setzen.

So ergibt sich die vierte der unausgesprochenen Thesen, nämlich die, daß nicht durch irgend einen oder zwei Käufer, sondern durch das Zusammenwirken aller in den ökonomischen und Weltproblemen neue Bewegung zugeführt werden kann. Wie sollte auch nach einem Zerstörungswert sonstergleichen die Welt geheilt werden, wenn nicht sämtliche Länder der Erde sich dazu entschließen, gemeinschaftlich Abhilfe zu bringen.

Daß die Genuefer Konferenz zur Erörterung dieser Fragen geführt hat, ist eine Tatsache, die in der Geschichte Europas un-
vergessen bleiben wird. Ein weiteres historisches Ergebnis
der Konferenz erblickt die deutsche Delegation in der Annähe-
rung des großen schwerbedrängten russischen Volkes an den
Kreis der weislichen Nationen. Abermals und hoffentlich nicht
vergebens haben die Völker der Erde ihre Augen und Herzen
zu Italien erhoben in der tiefen Empfindung, der Verräther
des unsterblichen Ausdrucks verliehen hat: „Und ich begann zu
rufen: O Friede, Friede, Friede!“

Die Annahme der Beschlüsse.

Nach dieser Rede Rathenaus, die mit langanhaltendem stürmischen Beifall aufgenommen wurde, wurden die Beschlüsse der Wirtschaftskommission angenommen. Dann ergriff der Führer der russischen Delegation Tschitscherin das Wort, um Einwendungen gegen die Beschlüsse der Kommission für Arbeitsfragen zu erheben. Dabei gab es eine Debatte, die sich auch auf das Burgfriedensprojekt erstreckte und einige kleine Zwischenfälle hervorrief. Darauf folgte eine feierliche Erklärung Tschitscherins, daß die russische Delegation, nachdem sie ihre Vorbehalte in der politischen Unterkommission gemacht habe, ihre Beschlüsse im ganzen annehme. Lloyd George nahm in derselben Form an, ebenso die Dominions durch Einzelerklärungen, anfangend mit Kanada, dann Italien. Japan akzeptierte ebenso, aber mit einem Vorbehalt. Nun wurden alle Staaten zur Stellungnahme aufgerufen. Frankreich und Belgien akzeptierten nicht, wollten aber die Entschlüsse empfehlen. Die Schweiz sprach die Hoffnung aus, daß auf den Burgfrieden bald der endgültige Friede folge. Nun endlich folgten die Schlusfreden.

Lloyd George's Rede.

Die Genueser Konferenz, so führt der englische Premierminister aus, sei für immer ein Markstein auf dem Wege des Friedens. Lloyd George schlägt der Konferenz vor, Facta, dem stets freundlichen und hilfsbereiten Präsidenten, zu danken und dem unermüdlichen, in allen Verwicklungen bewegten Schlichter — und Italien. Lloyd George blickt dann zurück. Er spricht dann vom schlechten Wetter, Sonne und Schiroto. Verschiedenes Wetter sei nötig für eine gute Ernte. Die Arbeiten der drei technischen Kommissionen. Finanzen, Wirtschaft

und Transport, seien schon genug gewesen, um aus der Konkurrenz einen Erfolg zu machen. Sie hätte viele notwendige Arbeiten getan für die Förderung der Lebenskraft der Welt. Aber das Zentrum der Aufregungen habe in der Frage der Beziehungen Rußlands zur übrigen Welt gelegen und in der Hilfe, die Europa Rußland und seinem Unglück bringen könne und wolle. Ein Problem voller Gefahr von Vorurteilen. Die Diskussion habe viel Krisen hervorgerufen, aber die Gefahren des Problems vermindert. Der Ton der Debatte habe sich verbessert. Lloyd George, ein Papier in den Händen, das er oft zu Rate zieht, spricht immer zu den Franzosen hinüber. Ein Teil der Gefahren sei beschworen, der andere werde verschwinden, wenn man weiter fortfahre. (Der Schluß der Rede liegt im Bericht noch nicht vor.)

Lord Georges Zukunftsaussicht.

Außerhalb der Konferenzsitzung hat Lloyd George in einer Unterredung erklärt, Großbritannien dürfe, könne und werde mit dem großen Wert nicht aufhören, das in Genoa so erfolgreich begonnen wurde, es werde darin weitergehen. Großbritannien habe einen sehr wesentlichen Fortschritt in der Richtung einer europäischen Regelung gemacht. Die Tatsache, daß die Genuefer Konferenz ihre Arbeiten in einer anderen Gestalt fortsetze, sei nach den verschiedenen Gefahren, die sie überwinden habe, bedeutsam und ermutigend. „Wir haben das Knurren der Kriegshunde verstummen lassen. Ich glaube, dies ist etwas, was die Leute, die die Konferenz vergeblich zum Scheitern zu bringen suchten, — denn die Konferenz wird in einer anderen Gestalt und in einer unendlich hoffnungsreicheren und der aufbauenden Arbeit günstigeren Atmosphäre weitergehen — nachdentlich machen müßte.“

Die Anhänger Lloyd Georges wollen ihm bei seiner Rückkehr nach London einen großen feierlichen Empfang auf dem Bahnhof bereiten. Gleichzeitig hat allerdings sein Gegner, Lord Grey, einen politischen Feldzug gegen Lloyd George eingeleitet, dessen Verlauf vielleicht recht kritisch werden kann.

Neue Geschenkwürfe vor dem Reichsrath.

Der Reichsrath erklärte sich mit dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über den Schutz des Urheberrechts von Angehörigen der Vereinigten Staaten einverstanden. Angenommen wurde eine Neuregelung der Gewährung von Heiligheldarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues. Angenommen wurde ferner der Gesetzentwurf, der die Disziplinarstrafen für die Wehrmacht regelt. Der Kreis der disziplinarisch zu ahndenden Straftaten ist erweitert und das Höchstmass für die Strafe des Stubens, gefindens oder mittleren Arrestes auf sechs Wochen festgelegt worden.

Der Preussische Staatsrat zum Reichsmietengesetz.

Der Preussische Staatsrat nahm Stellung zu den Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz, die vorher Gegenstand eingehender Beratung des Gemeindeausschusses gewesen waren. Die bürgerliche Mehrheit ging dabei von dem Standpunkt aus, daß den örtlichen Verwaltungen möglichst freie Hand gelassen und einer behördlichen Überorganisation entgegengewirkt werden solle. Ferner wurde der Initiativantrag der bürgerlichen Fraktionen des Staatsrates angenommen, so daß jetzt abzuwarten bleibt, ob und wie die Regierung dem Wunsche nach Aufhebung des Altersgrenzengesetzes bis zur einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage nachzukommen gedenkt.

Das Großkraftwerk Hannover

Wildebe den Gegenstand der Freitagssberatung im Preussischen Landtag. Nach der Regierungsvorlage sollte der Staat von diesem neu zu errichtenden Dampfkrastwerk 252 Millionen Aktien übernehmen. Der Ausschuss beantragt, den Betrag für die vom Staat zu übernehmenden Aktien auf 400 Millionen zu erhöhen. Verschiedene Redner der Kommunisten, der Deutschen Volkspartei und der Demofratcn machten schwere Bedenken gegen die Vorlage geltend. Ein Kompromißantrag vom Zentrum will daher das Ministerium ermächtigen, 400 Millionen zu verausgaben zur Gründung einer Aktiengesellschaft zwecks Errichtung eines an einem möglichst wirtschaftlich gewählten Orte belegenen Krastwerks, zur Vervielfältigung an einem solchen oder zum Ausbau bestehender ^{tauch} Krastquellen.

Deutsch-Oesterreich.

X Kabinettskrise in Sicht. Man nimmt an, daß Bundeskanzler Schober nach seiner Rückkehr aus Genua zurücktreten wird. Die Sozialisten betreiben in den Ausschüssen des Reichsrats so starke Opposition, daß die Arbeit fast überall ruht. Die Hauptursache der jetzigen Krisis ist, daß die Regierung eine neue Kreditemittierung von 120 Milliarden Kronen verlangt, wovon die Sozialisten mit Unterstützung der Großdeutschen bloß 10 bis 15 Milliarden bewilligen wollen. Als Nachfolger Schobers wird der Landeshauptmann Ender aus Vorarlberg genannt.

Mus In- und Ausland.

Köln. Das Mitglied des amerikanischen Kongresses Colonel Tilson ist im Auftrage des Präsidenten Harding in Koblenz eingetroffen, um sich über die Notwendigkeit des Verbleibens der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein zu unterrichten.

Braunschweig. Die Demokraten lehnen die sogenannte kleine Koalition (Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Demokraten) wegen der Haltung der Unabhängigen in der Frage der Regierungsbildung ab. Sie erklären, daß sie sich nur an der sogenannten Großen Koalition (Mehrheitssozialisten, Demokraten und Rechte) beteiligen werden.

Hamburg. Die Ortsgruppe Hamburg des Deutschen Eisenbahnerverbandes verhängte über die Bahnmeisterinnen Bergedorf und Pinneberg eine Sperre mit der Begründung, daß die Eisenbahnverwaltung sämtliche Arbeiter entlassen habe, weil sie sich weigerten, gesteilte Arbeitszeit anzunehmen.

Paris. Die Note der Vorkonferenz, die den Ausbau einiger deutscher Bahnlinien unterlag, ist bisher bei der deutschen Vorkonferenz noch nicht eingegangen. Annehmend handelt es sich nicht um Eisenbahnen im besetzten Gebiet, sondern in der neutralen Zone.

Mila. Ein Transport deutscher und österreichischer Kriegsgefangener, 450 Mann stark, traf am 15. Mai abends aus Österreich in Silbese ein. Am Sonntag traf in Mila ein Trupp von 392 deutschen Kriegsgefangenen ein.

Deutscher Reichstag.

(214. Sitzung.) C.R. Berlin, 19. Mai.

Der Reichstag, der am Donnerstag bis in die späten Abendstunden den Etat des Arbeitsministeriums behandelt hatte, fuhr heute in der Beratung des gleichen Gegenstandes fort. Beim Kapitel Sozialpolitik kam auch das Wohnungswesen zur Sprache, gegen das ein Kommissar als Sozialisierung der Baustoffherstellung empfahl. Beim Titel Zuschüsse zu Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner

bestimmte der Reichstag die Abg. Dr. Oerscher einen Antrag, der hierfür vorgelegten Betrag von 200 Millionen auf 1 Milliarde zu erhöhen. Für die Arbeitslosen, erklärte er, hat die Republik Milliarden übrig, für die Opfer der nachrevolutionären Erschütterung hat sie aber nichts übrig. Nicht Almosen, sondern geistlicher Anspruch muß mit Rücksicht auf die soziale Gerechtigkeit dem Kleinrentner gewährt werden. Wir wollen nicht die Zermalmung eines der besten Teile unseres Volkes (Weiß).

Die Abg. Frau Dr. Bruns (Zentr.) erklärte dazu, alle Fraktionen sollten angesichts der bitteren Not der in Frage kommenden Personen einmütig zustimmen. Aber den Antrag des Ausschusses, den Betrag auf 500 Millionen zu erhöhen, vermöge das Zentrum aber nicht hinauszugehen. Auch die Abg. Frau Dr. Watz (Deutsche Vp.) trat warm für unsere Veteranen der Arbeit ein, die nicht wie andere ihr Einkommen der Geldverwertung entsprechend vermehren können. Das gleiche taten die Abg. Frau Schröder-Schleswig-Holstein (Soz.), Abg. Karsten (N. Soz.) und Abg. Watz (fraktionslos Komm.). Von Seiten der Sozialisten wurde dabei der deutschnationalen Antrag als ein parteipolitisches Manöver bezeichnet.

Arbeitsminister Dr. Brauns: Die Regierung erkennt die Not der Kleinrentner an. Wenn die vom Ausschuss auf 500 Millionen erhöhte Summe nicht ausreicht, so werden wir in einem Nachtragsetat weitere Mittel anfordern.

Der Antrag der Deutschnationalen, 1 Milliarde zu bewilligen, wurde abgelehnt, der Ausschussantrag, 500 Millionen einzusetzen, dagegen einstimmig angenommen. Von den im deutschnationalen Antrag vorgelegten Richtlinien wurde nur der erste Punkt angenommen, wonach mit größtem Nachdruck auf unverzügliche Auszahlung der Notstandsbeihilfe für Kleinrentner hingearbeitet werden soll.

Ein von der Abg. Frau Teusch (Zentr.) beantragter Zusatz, wonach für Beihilfen an soziale und charitative Reichsorganisationen zur Abgeltung der Unkosten, die durch den Verkehr mit den behördlichen Stellen entstehen, 300 000 Mark in den Haushalt eingestellt werden sollen, wurde angenommen. Hierauf wurden die Kapitel Reichsversicherung und Reichsausschüttungsbefugnisse der Unfallversicherungen bewilligt, ebenso die Reichsstelle für Arbeitsvermittlung. Bei dem Abschnitt Kriegssopferfürsorge wurde über eine Interpellation der Deutschen Volkspartei mitverhandelt.

Abg. Thiel (D. Volksp.) begründete die Interpellation, in der eine Erhöhung der Renten für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene gefordert wird. Für die Kriegshinterbliebenen hat die noch in Weimar so lebendige Lust zu helfen nachgelassen. Jedenfalls müßten die Vorschriften für die Teuerungszuschläge nachgeprüft werden. Der Redner forderte eine Aufbesserung um rund 50 Prozent gegenüber dem Satz von 1920. Über die Verteilung im einzelnen werde man sich dann schon einigen.

Abg. Meyer-Weidau (Soz.) sprach sich dafür aus, daß das Gesetz für Entschädigung der Kriegsschädigten aufs schnellste vorgelegt werde.

Abg. André (Zentr.) hofft, daß bis zum Herbst die Reform des Reichsversorgungsgesetzes im großen erfolgen kann.

Abg. Frau Biegler (N. Soz.) erklärte, die bisherige Kriegsschädigtenfürsorge sei ein Klaffen der schlimmsten Art gewesen, weil sie drei verschiedene Klassen von Kriegssopfern unterschieden habe. Größte Bedenken habe sie gegen die Einteilung in erwerbsfähige und erwerbsunfähige Kriegswitwen.

Das Urteil im Petersdorf-Prozess.

Schwere Zuchthausstrafen.

S. Dypeln, 19. Mai.

Der interalliierte Gerichtshof fällt im öffentlichen Sitzung das Urteil im Petersdorf-Prozess. Der Angeklagte Sackel wurde wegen Teilnahme am Überfall in

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

7

(Nachdruck verboten)

„Ah du bist es, Rüdiger!“ rief Ottomar besagen, indemer Lella behilflich war ihr Haar loszumachen, was nicht ohne einige Schmerzenslaute des jungen Mädchens abging.

„Ja, ich bin es,“ wiederholte der mit einem mißbilligenden Blick auf die beiden. „Doch, ich störe wohl?“

„Nein, Rüdiger, durchaus nicht!“ entgegnete Ottomar, verlegen zur Seite gehend.

„Nein!“ rief auch Lella, während sie die blonde Haarträhne nach rückwärts schüttelte und Rüdiger herausfordernd zuschaltete.

Der Late die Hand über die Augen und wandte sich ab. Da sah er das halbvolle Fräulein auf der Staffelei. Sein Bruder war seinem Blick gefolgt. „Wie findest du es? Wird es ähnlich?“ fragte er lebhaft.

„Ich habe darüber kein maßgebendes Urteil. Mir fehlt das Kunstverständnis!“ erwiderte er kühl und leicht abweisend.

„Dann bemüht man sich eben, es zu lernen!“ warf Lella led ein. „Wenn man einen berühmten Künstler zum Bruder hat.“

„Mir fehlt die Zeit.“

„Ach ja, der Dr. jur. nimmt Ihnen ja jedes Interesse für etwas anderes und — höheres!“

Er fixierte sie einen Augenblick, dann suchte er gleichmütig die Achseln, wie um anzudeuten, daß es sich nicht lohne, sich mit Lella in ein Wortgeplänkel einzulassen. „Ich bin vor einer Stunde zurückgekehrt, nachdem es mir gestern nicht mehr möglich war!“ sagte er zu dem Bruder. „Ich erwartete dich eigentlich bei mir.“

„Ich war in der besten Arbeitsstimmung — und die mußte ich heute bei der wenig günstigen Beleuchtung hemmen.“ eine flackernde Note huschte über Ottomars blaßes Gesicht, als er das spöttische Zucken um Rüdigers Mund sah. Und Lella scherte ungeniert vor sich hin und neigte an ihrem Haar: sie sah dabei halb auf dem Kopfende des Divans und schaukelte mit den Füßen.

Petersdorf und wegen Ermordung des Spießes Seichter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, Rüdiger, Eisenbahninspektor in Gleiwitz, als Führer des Selbstschutzes zu acht Jahren Zuchthaus, Womra zu zehn Jahren Zuchthaus, Pyttlik und Malezka wegen Ermordung des Seichter zu zehn und fünf Jahren Zuchthaus. Möbius, ebenfalls ein Führer des Selbstschutzes, zu zehn Monaten Gefängnis. Der Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Niemann zu zwei Monaten Gefängnis.

Die übrigen Angeklagten wurden zu niedrigeren Gefängnisstrafen verurteilt, die Untersuchungschaft wurde nicht angerechnet. Die Angeklagten Nestor Urbanek in Gleiwitz und Bühlmann aus Gleiwitz, gegen die die Todesstrafe beantragt war, wurden freigesprochen.

Im neuen Erntejahr.

Getreideordnung und Zuckereinfuhr.

Die Reichsgetreidekasse beabsichtigt, dem Ernährungsministerium und dem Reichstage demnächst einen Entwurf über die neue Getreidewirtschaft vorzulegen, die dann vielleicht schon im Juni in Kraft treten würde. Der Vorschlag wird wahrscheinlich dahin gehen, die Getreidemenge als solche bestehen zu lassen, doch soll die Landwirtschaft bei der Ausbringung und Verteilung des Getreides in stärkerem Maße herangezogen werden. Es soll bei der Erfassung und Festlegung der abzuliefernden Mengen mehr auf die Ertragsmöglichkeit und die Güte des Bodens Rücksicht genommen werden; auch soll bei der Selbstversorgung die Stärke der Familien und des Personals maßgebend sein. Der Preis für Getreide dürfte sich nicht unwesentlich erhöhen, da die Reichsgetreidekasse zwischen dem Auslands- und dem Inlandsgetreidepreis das Mittel ziehen will.

Gleichzeitig verhandelt das Reichsernährungsministerium über die Verhältnisse des Zuckermarktes. Diese Zustände sind ganz unhaltbar geworden. Es wurde ausgeführt, daß voriges Jahr keine Bestände vorhanden gewesen seien, die man als Reserven habe übernehmen können; ferner habe die Freigabe des Zuckers dazu geführt, daß die Mehrzahl der Kleinverbraucher, die Lebensmittel u. a., nach den langen Jahren der Zwangswirtschaft sich stark eingeengt haben. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates kam zu dem Beschluß, daß nur durch eine umgehende Freigabe der Einfuhr von Zucker dem Notstand gesteuert werden könne.

Locales und Provinzielles.

Halber, den 22. Mai 1922.

□ Zur Wetterlage. Die allgemeine Erwartung, daß die Periode unfreundlicher und kühler Witterung dem Ende entgegengehen würde, hat sich zum Teil erfüllt. Vereits am 14. Mai setzte prachtvolles Sommerwetter ein, das auch am 15. Mai noch anhielt. Störungen in der allgemeinen Luftdruckverteilung führten dann allerdings am 16. Mai zu Gewittern, die sich in den folgenden Tagen häufiger wiederholten. Trotzdem blieben die Temperaturen im allgemeinen ziemlich hoch. An verschiedenen Tagen wurden 25 Grad Celsius überschritten. In Berlin betrug die Durchschnittstemperatur am 17. Mai 17,2 Grad gegenüber einem Normalwert von 14,5 Grad Celsius. Gegenüber zwei Hochdruckgebieten, mit dem Kern über den Westfalen, ein über Finnland, lagert ein Tiefdruckwirbel nördlich der britischen Inseln. Da dieser Wirbel zwischen den beiden Hochdruckgebieten mindestens Teilwirbel hindurchsenden wird, besteht die Gewitterneigung besonders in Mitteldeutschland und an der Küste weiter. In den Tagesstunden ist mit mäßig starker Wärme zu rechnen.

—* Bargeldloser Zahlungsverkehr und Steuererhebung. Bei den Postämtern sind jetzt besondere Zahlkarten für die Ueberweisung von Steuern an die Finanzkasse und die Hebestellen zu haben. Ein entsprechender Ausdruck sorgt dafür, daß der Einsender die für die Kasse unbedingt notwendigen Angaben nicht vergißt. Rückfragen und Portoauslagen für den Steuerzahler werden hierdurch vermieden. Mit Rücksicht auf den anhaltend großen Andrang bei der Finanzkasse und den Hebestellen kann der bargeldlose Verkehr durch Post — Bank — oder Sparkassenüberweisung nur dringend empfohlen werden. Zu den Ueberweisungen sind aber stets die notwendigen Angaben für die Kasse zu machen.

„Bist du nicht neugierig auf das Resultat meiner Reise?“

„Natürlich, und ich bitte dich um deinen Bericht.“

„Jetzt — und hier?“ Ein unverhohlenen Staunen klang aus Rüdigers Stimme.

„Warum nicht? Du bist doch deshalb gekommen.“

„Allerdings! Jedoch in der Annahme, daß du allein bist! Wir wollen doch Lella nicht mit deinen Angelegenheiten langweilen; deshalb werde ich mir den Bericht auf nachher ersparen!“

„Mich langweilt nichts, was Ottomar angeht!“ rief Lella.

Verständnislos sah Rüdiger den Bruder an.

„Bitte, erkläre du mir Lellas Worte — steht sie dir näher als — deine Frau?“

„Ah, jene Maria Wierberger ist ja nie seine Frau gewesen! Sie haben es doch selbst gesagt, Rüdiger!“ bemerkte Lella triumphierend.

Der junge Jurist runzelte die Stirn und sah fragend den Bruder an, der unsicher diesen Blick erwiderte.

„Es sind aber nicht allein Ottomars Angelegenheiten, sondern auch die einer anderen, die ich darum nicht vor Fremden erörtern möchte!“

„Fremd? Ich fremd? Niemand steht Ottomar so nahe wie ich,“ rief Lella.

„Nun ja, es ist doch so, Rüdiger! Ich — du hast es herausgefunden, daß jener Schritt, den ich vor fünfzehn Jahren getan, gar nicht rechtfertigbar war, und nun —“

„Hast du die Folgerungen sehr schnell gezogen, scheint mir,“ lautete Rüdigers sarkastische Erwiderung.

„Was willst du damit sagen? Das verstehe ich nicht.“

„Aber ich verstehe deinen Bruder sehr gut!“ warf Lella ein. „Er findet einen Ausfluß daran, daß, daß — nun, daß ich deine Frau werden will, Ottomar —“

„Was —? Das ist doch nicht möglich!“ Rüdiger war empört. Er hatte das Gefühl der beiden für einen Flirt gehalten, mit dem sich Lella Flomann den Aufenthalt in Dengefeld ein wenig amüsant gestalten wollte, für weiter nichts. Und er hatte manchmal mißbilligend den Kopf über Ottomar geschüttelt, der, weiß Gott, andere, ernstere Sachen zu denken hatte, als daran, dem verwöhnten Mädchen die Zeit zu vertreiben.

„Warum sollte das nicht möglich sein?“ fragte

—* Eine kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Volkspartei. Am Sonntag wurde in Dortmund nach dem Beispiel aller politischen Parteien eine Vereinigung von Stadt- und Gemeindeverordneten der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Westfalen-Süd gegründet. Als ersten Vorsitzenden wählte man Justizrat Park in Dortmund. Diese kommunalpolitische Vereinigung soll als durchaus selbstständiges Parteigebilde in enger Fühlung mit der Partei bleiben. Es ist beabsichtigt, diese Vereinigung über die ganze Provinz Westfalen auszudehnen.

—* Auf Grund des § 80 Abs. 1 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich sind die Apotheker berechtigt, vom 15. April 1922 ab folgende Teuerungszuschläge zu erheben: für jede auf ärztliche Verordnung vom Apotheker zur Abgabe hergerichtete Arznei 3 Mk.

—* Krüppelfürsorge. Die Kreiskrüppelfürsorgeanstalt schreibt uns: Wenngleich auch im hiesigen Kreise seit Inkrafttreten des Krüppelfürsorgegesetzes (1. 10. 20.) bekanntermaßen auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge unstreitig ausgezeichnete Erfolge erzielt worden sind, so ist dem Vernehmen nach doch noch eine ganze Anzahl von Krüppeln vorhanden, die noch nicht von der Fürsorgestelle erfasst worden sind. Die Krüppelfürsorgestelle nimmt deshalb Veranlassung, nochmals auf die Bestimmungen des Gesetzes betr. die öffentliche Krüppelfürsorge vom 6. Mai 1920 — G. S. S. 280 — hinzuweisen. Da nach aller Erfahrung die Heilung des Krüppelens umso mehr Wahrscheinlichkeit besitzt, je eher das Heilverfahren eingeleitet wird, hat das Gesetz ein Anzeigensystem geschaffen, welches erreichen soll, daß jeder Krüppel unter 18 Jahren möglichst zeitig zur Kenntnis der Krüppelfürsorgestelle gelangt. Meldepflichtig sind Ärzte, Hebammen, Lehpersonen, Krankenpflegerinnen und sonstige Fürsorgeorgane in bestimmten, im Gesetz umschriebenen Grenzen. Die Anzeigen, die in einfachster Form, z. B. durch Postkarte erfolgen können, sind an den Herrn Kreisamtsdirektor zu richten. Sie müssen enthalten: Familiennamen und Vorname des Krüppels, Alter, (Geburtsdatum) Aufenthaltsort, Name, Stand und Wohnort des gesetzlichen Vertreters, kurze Angabe, worin die Verkrüppelung oder die Anzeichen drohender Verkrüppelung bestehen, Unterschrift und Amtsbezeichnung des Anzeigenden. Verletzungen der Anzeigepflicht werden nach dem Gesetz mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 4 Wochen bedroht. Die Anzeigepflicht kann verlegt sein durch Unterlassen der Anzeige überhaupt, durch Nichtinhalten des Termins von einem Monat oder durch ungenügende Angaben in Hinsicht auf den Krüppel oder auf die Verkrüppelung. Neben der angedrohten Strafe kann eine Verletzung der Anzeigepflicht Inanspruchnahme gemäß § 828 Abs. 2 des B. G. B. zur Folge haben. — Die Krüppelfürsorgestelle hat die Aufgaben: a) die zu ihrer Kenntnis kommenden Krüppel durch ihren Krüppelfürsorgearzt kostenlos untersuchen zu lassen, b) Beratung für Krüppel ohne Unterschied des Alters und des Vermögens zu erteilen, c) Rat zu erteilen an solche Personen unter 18 Jahren, die der Gefahr der Verkrüppelung ausgesetzt sind, d) die Einleitung der notwendig erscheinenden Maßnahmen bei den zuständigen Stellen zu beantragen. — Eine Verkrüppelung im Sinne des Gesetzes liegt vor, wenn eine Person (Krüppel) infolge eines angeborenen oder erworbenen Knochens, Gelenks-, Muskel- oder Nervenleidens oder Fehlsens eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen in dem Gebrauch ihres Rumpfes oder ihrer Gliedmaßen behindert ist. Die gemäß § 8 des Gesetzes für den Kreis Altena errichtete Krüppelfürsorgestelle ist dem Kreiswohlfahrtsamt (Abteilung für Gesundheitswesen) Kreishaus, Zimmer 30 angegliedert. Ärztlicher Leiter ist der Kreisamtsamtsarzt Dr. Weber. Die Fürsorgestelle ist für den Publikumsverkehr während der üblichen Dienststunden (8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags) geöffnet.

—* Halber, 20. Mai. Heute (Samstag) nachmittag kehrte unser Seelsorger, Herr Pastor Dr. Große-Dreßfeld aus als geheilt aus dem Lidenheider Krankenhaus zurück. Bekanntlich hatte Pastor Dr. Große-

Lella pikiert. „Doch haben Sie, daß auch die Gräfin Lella Flomann den Altvordens noch nicht ebenbürtig ist? Sie sind sehr stolz, mein Lieber!“

Herausfordernd sah sie ihn an, den Kopf in den Nacken werfend.

Er überhörte ihren Einwurf und wandte sich an den Bruder.

„Ottomar, spricht Lella die Wahrheit?“

Der zögerte ein wenig, doch auf des Mädchens befehlenden Blick gab er es zu. Ihm war sehr unbehaglich unter des Bruders Firschen.

„Unbegreiflich!“ murmelte der und schüttelte den Kopf.

Da stellte sich Lella vor ihn hin.

„Was ist unbegreiflich? Daß mich Ottomar liebt? Halten Sie das gar für eine — Geschmackverirrung?“ fragte sie entrüstet.

„Nein — aber für eine grenzenlose Robe!“ versetzte er mit unerschütterlicher Ruhe.

Sie stieß einen Schrei der Empörung aus.

„Ich muß doch hier bitten, Rüdiger — Sie beleidigen mich ja mit jedem Wort — mich, den Gast Ihrer Eltern.“

„Das liegt durchaus nicht in meiner Absicht, Lella! Meine Aeußerung galt nicht Ihnen. Ich bitte um Vergebung, wenn ich mich falsch ausgedrückt habe,“ er verneigte sich leicht gegen sie, „aber Ottomar —“

„Ist alt genug, um zu wissen, was er zu tun hat! Er braucht keinen Vormund.“

„Eigentlich sollte man das ja auch annehmen.“

Das sagte Rüdiger in so eigenwilligem Tone, daß der andere rot vor Zorn wurde.

„Bitte, unterlasse deine Bemerkungen und komme endlich zur Sache!“ sagte er hochfahrend und ungeduldig. „Sprich ruhig alles! Vor Lella habe ich keine Geheimnisse. Sie wird meine Frau, und ich denke, daß ich diesmal das Einverständnis der ganzen Familie finden werde.“

„Daran zweifle ich keine Minute,“ warf Rüdiger ironisch ein.

Fortsetzung folgt.

Sandwirtschaftliches.

Eine Siedlungsgesellschaft von praktischen Landwirten.

Die Entwertung des Geldes und die dadurch hervorgerufene Verteuerung aller landwirtschaftlichen Grundstücke macht es neuerdings sehr vielen Landwirten, die aus irgendwelchen Umständen vielleicht früher sich veranlaßt gesehen hatten, ihren landwirtschaftlichen Betrieb zu verkaufen, oder auch erst jetzt sich selbständig machen können, ganz unmöglich, wiederum einen landwirtschaftlichen Betrieb zu erwerben oder eigener Besitzer auf eigenem Grund und Boden zu werden. Die Anzahlung, die bei Zukäufen gefordert wird, oder auch der Preis, der bei Pachtungen für die Übernahme des landwirtschaftlichen Inventars zu zahlen ist, übersteigt bei weitem ihre Vermögenskräfte.

Es muß daher als ein ganz glücklicher Gedanke bezeichnet werden, daß sich in Schwerin in Mecklenburg im Sinne auch des Reichs-Landbundes eine größere Anzahl von Landwirten zu einer landwirtschaftlichen Siedlungsgesellschaft zusammengeschlossen hat, um solchen praktischen Landwirten die Möglichkeit zur Wiederbetätigung oder Selbständigkeit zu geben. Es besteht der Plan, ein Kapital von etwa 100 Millionen Mark zusammenzubringen, um damit geeigneten landwirtschaftlichen Besitz zu kaufen, der von den praktischen Landwirten, die der Siedlungsgesellschaft angehören, in Betrieb genommen und auf die denkbar größtmögliche Höhe gebracht werden soll. Es sollen nur wirklich tüchtige Fachleute zur Ansiedlung kommen. Es ist insbesondere auch beabsichtigt, Vorwerke größerer Güter aufzukaufen und diese zu selbständigen landwirtschaftlichen Besitzungen zu machen. Landwirten, die aus irgendwelchen persönlichen Gründen beabsichtigen, ihren landwirtschaftlichen Betrieb zu verkaufen, aber vielleicht durch die bei dem Besitzwechsel zu zahlenden hohen Abgaben und Steuern zurückgeschreckt werden, ist ferner

durch den Beitritt zu der Genossenschaft die Möglichkeit gegeben, sich die Veräußerung und Auflösung noch für Jahre hinaus vorzubehalten, den Betrieb aber doch in die Hände eines anderen praktischen und erfahrenen Landwirts unter entsprechender Sicherheit zu übergeben.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn an der Ausbringung des Stamkapitals sich im weitesten Umfange auch solche Landwirte beteiligen würden, die an sich nicht die Absicht haben, durch die Gesellschaft selbst Grundbesitz zu erwerben. Erfreulich wäre auch im Interesse der Sicherung der Volksernährung und der Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Beteiligung aller jener industriellen Betriebe, die ihre Abnehmer fast ausschließlich in der Landwirtschaft haben. Auch unserer Großindustrie, die ein Interesse hat am Wiederaufbau unseres Vaterlandes, wozu bekanntlich die erste Voraussetzung die Wiederherstellung der alten Produktionskraft der Landwirtschaft ist, wie sie vor dem Kriege bestand, kann die Beteiligung nur nahegelegt werden, denn der Zweck der Gesellschaft ist ein Stück landwirtschaftliches Hilfswerk im besten Sinne des Wortes.

Dr. R.

Der angemessene Preis.

Wie der „Deutsche“ (106) mitteilt, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Brotgetreideversorgung im nächsten Erntejahr dem Reichsernährungsministerium bestimmte Vorschläge unterbreitet. Ihr Inhalt ist im wesentlichen: Die Getreidemenge wird beibehalten, sie soll mindestens 2 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide erfassen; für das Umlagegetreide werden unter Berücksichtigung der Gesteungskosten und eines angemessenen Verdienstes bezüglich Angemessenheitspreise festgesetzt. Man möchte wohl den Eindruck hervorrufen, als komme man mit der Empfehlung von Angemessenheitspreisen den berechtigten landwirtschaftlichen Wünschen entgegen. Werden aber als Merkmale dieser Angemessenheitspreise lediglich die um einen angemessenen Verdienst vermehrten Gesteungskosten an-

geführt, so ergibt sich von selbst, daß dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich angemessene Preise sein können. Industrie und Handel haben mit überzeugenden Gründen immer wieder geltend gemacht, daß bei der heutigen Lage der Dinge der angemessene Preis wohl über dem Wiedererwerbungspreis liegen muß. Gerichtsurteile sind dieser Auffassung in den jüngsten Wochen wiederholt beigetreten. Nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ (221) hat auch das Reichswirtschaftsministerium durch den zuständigen Referenten im Heft 2 seines „Arbeitsblattes“ „die gesunde und einzig logische“ Auffassung vertreten lassen, daß „ein Gewinn an einer Ware überhaupt erst dann vorliegt, wenn der Verkaufserlös den Wiederbeschaffungspreis übersteigt“. Nicht anders in der Landwirtschaft. Die Begriffsbestimmung für den angemessenen Preis konnte sich auf die Gesteungskosten und einen bescheidenen Gewinn beschränken, solange unter stetigen Währungsverhältnissen Gesteungskosten und Unternehmergewinn die Wiederbeschaffung der gleichen Menge gleicher Waren selbstverständlich erscheinen ließen. Bei der rasenden schnellen Geldentwertung aber muß unter allen Umständen der angemessene Preis als der Erneuerungspreis erläutert werden, wenn Erzeugung und Handel, wie eine aus kaufmännischen Kreisen stammende Zuschrift an die „Vossische Zeitung“ sagt, sich nicht allmählich selbst aufheben und dem Konturrichter verfallen sollen. Zudem umgekehrt die christlichen Gewerkschaften, die scheinbar alle produktionshemmenden Mängel des Umlageverfahrens vermeiden wollen, lediglich die Produktionskosten und einen angemessenen Verdienst in Rechnung gestellt wissen wollen, empfehlen sie selbst ein neues Umlageverfahren von so starker Produktionshemmung, wie das bei der bedrohlichen Lage der deutschen Ernährungswirtschaft wahrlich nicht erwartet werden sollte.

Schriftleitung: Wilt. Bell, Halver i. Westf.

Allen denen, die uns beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen durch Beweise ihrer Teilnahme näher getreten sind, insbesondere für die vielen Kranzspenden, das zahlreiche Grabgeleit, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Pels-Leusden sprechen wir hiermit unsern

herzlichsten Dank

aus.

Familie Ackermann.

Kierspe, den 20. Mai 1922.

Zu das Handelsregister A Nr. 641 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft Wilhelm Eckmann in Halver eingetragen: Der Fabrikant Wilhelm Eckmann in Halver ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Lüdenscheid, den 16. Mai 1922.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 86 ff des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird öffentlich bekannt gemacht, daß die Firma Gabelsabrik G. m. b. H. zu Dahlebrück die Sicherstellung und Eintragung des Rechtes in das Wasserbuch beantragt hat, das Wasser der Glör in der Gemeinde Breckerfeld durch ein Wehr auf Ordinate A 248,15 Mtr. zu stauen, durch eine Einlaßschleuse mittels eines Obergabens in einem Sammelteich zu leiten, hier nochmals auf Ordinate A 248,00 Mtr. zu stauen, zum Antrieb einer Turbine zu benutzen und nach Gebrauch durch einen erst verdeckten, dann offenen Untergraben der Glör wieder zuzuführen, ferner Wasser zwischen Stauwehr und Einlaßschleuse über ein Ueberfallwehr und aus dem Sammelteich über einen Ueberlauf mit Freislater unbenuzt der Glör wieder zuzuleiten.

Der Antrag mit Lageplan und sonstigen Unterlagen liegt auf dem Amte zu Breckerfeld, während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Widersprüche sind bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß als Wasserbuchbehörde schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 7. bis 28. Juni 1922 anzubringen.

Werden innerhalb der bestimmten Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Sicherstellung von Rechten Anderer zu einer Benutzung des Wasserlaufes nicht gestellt, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, so geht das Widerspruchsrecht verloren. Auch können nach Ablauf der Frist wegen nachteiliger Wirkung der Ausübung des sichergestellten Rechtes nur noch die im § 82 Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden. Das sichergestellte Recht steht im übrigen einem verliehenen Rechte gleich. Bei Ablehnung des Antrages auf Sicherstellung wird nach Ablauf der Widerspruchsfrist die Eintragung des Rechtes mit der Wirkung erfolgen, daß sie gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erhoben haben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuch in Widerspruch steht.

Ueber die rechtzeitig erhobenen Widersprüche wird am

Freitag, den 7. Juli 1922

im Anschluß an den 11,52 Uhr vormittags auf dem Bahnhof Dahlebrück ankommenden Personenzug an der Stauanlage der Antragstellerin vor einem Beauftragten des Bezirksausschusses verhandelt werden, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden. Diese Verhandlung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.

Arnsberg, den 10. Mai 1922.

B. A. II W 142/21 Der Bezirksausschuß, Abteilung II, Wasserbuchbehörde.

Amte Kierspe.

Auf Grund des Gesetzes vom 7. August 1911 betr. die Beschulung blinder und taubstummer Kinder, werden die Eltern, die gesetzlichen Vertreter, wie auch die Häupter der Familien, in welchen fremde Kinder untergebracht sind, aufgefordert, bis zum 5. Juni ds. Js. die blinden und sehr schwachsehenden Kinder, sowie die taubstummen, stummen, tauben und sehr schwerhörigen Kinder, welche das 4. Lebensjahr zurückgelegt haben, für die Gemeinden Kierspe und Rönshof auf Zimmer 4 des Amtshauses zur Anmeldung zu bringen.

Kierspe, den 19. Mai 1922.

Der Amtmann

Hiermit zeigen wir an, daß die seit langen Jahren von Herrn Auktionskommissar Wilhelm Voß innegehabte Agentur nach dessen Tode auf seinen

Schwigerjohn, Herrn
Mezgermeister
Otto Lausberg

übergegangen ist. Dieser hält sich zur Entgegennahme von Anträgen auf dem Gebiet der Feuerversicherung nebst Nebenzweigen, sowie zur Wahrnehmung aller das Geschäft betreffenden Angelegenheiten bestens empfohlen.

„Vaterländische“ und „Rhenania“
Vereinigte Versicherungs-Gesellschaften, A.-G.
General-Agentur Dortmund.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 86 ff des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird öffentlich bekannt gemacht, daß die Fabrikanten Eugen und Walter Krägeloh zu Dahlebrück die Sicherstellung und Eintragung des Rechtes beantragt haben, das Wasser der Glör oberhalb ihrer Einmündung in die Volme durch ein Wehr bis auf Ordinate + 207,46 m zu stauen, mittels einer Einlaßschleuse durch einen gewölbten Durchlaß in einen Sammelteich zu leiten, hier bis auf Ordinate + 207,22 m zu stauen, aus diesem durch einen Durchlaß in einen Obergaben zu leiten, zum Antrieb dreier oberflächlicher Wasserräder zu benutzen und durch einen kurzen überdeckten Unterkanal in die Volme zu leiten, ferner zur Regelung der Wassermenge im Sammelteich über einen Ueberfall mit Freislater Wasser aus dem Teich in die Glör zu führen, schließlich noch überflüssiges Wasser aus dem Obergaben über einen Ueberfall der Glör wieder zuzuführen.

Der Antrag mit Lageplan und sonstigen Unterlagen liegt auf dem Dienstzimmer des Amtmanns zu Breckerfeld während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus.

Widersprüche sind bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß als Wasserbuchbehörde schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 24. Mai 1922 bis 14. Juni 1922 anzubringen.

Werden innerhalb der bestimmten Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Sicherstellung von Rechten Anderer zu einer Benutzung des Wasserlaufes nicht gestellt, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, so geht das Widerspruchsrecht verloren. Auch können nach Ablauf der Frist wegen nachteiliger Wirkung der Ausübung des sichergestellten Rechtes nur noch die im § 82 Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden. Das sichergestellte Recht steht im übrigen einem verliehenen Rechte gleich. Bei Ablehnung des Antrages auf Sicherstellung wird nach Ablauf der Widerspruchsfrist die Eintragung des Rechtes mit der Wirkung erfolgen, daß sie gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erhoben haben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuch im Widerspruch steht.

Ueber die rechtzeitig erhobenen Widersprüche wird am

Freitag, den 23. Juni 1922,

mittags 12 Uhr auf dem Wassertriebswerk der Antragstellerin an der Mündung der Glör in die Volme vor einem Beauftragten des Bezirksausschusses verhandelt werden, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden. Diese Verhandlung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.

Arnsberg, den 2. Mai 1922

B. A. II W 47/22 Der Bezirksausschuß, Abteilung II, Wasserbuchbehörde.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Rörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. Westf.
Fernruf 1897 und 3965.

Bekanntmachung.

Nach § 368 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches und 10 des Feld- und Forst-Polizei-Gesetzes vom 1. April 1880 ist es verboten, über fremde Gärten, Wiesen, Acker zu gehen, zu fahren usw.

Diese Bestimmung wird in letzter Zeit wieder sehr häufig von spielenden Kindern nicht beachtet, die dadurch in den Gärten und Aekern großen Schaden anrichten. Die Eltern werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie für das Tun und Treiben ihrer Kinder verantwortlich und für den entstandenen Schaden haftbar sind.

Das weitere wird vielfach über großen Schaden geklagt, den frei umherlaufende Hühner in dem bestellten Gärten anrichten.

Die betreffenden Tierhalter werden darauf hingewiesen, daß gegebenenfalls eine strenge Bestrafung aus § 11 und 15, Absatz 4 des Feld- und Forstpolizeigesetzes erfolgen muß. Die Polizeibeamten sind angewiesen, alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

Kierspe, den 19. Mai 1922.

Der Amtmann.

Die Polizeiverwaltung.



Landwehr-Berein
Oberbrünne.

Sonnabend, den 27. Mai cr.
abends 7 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Vereinslokal in Ehringhausen.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
 2. Jahresbericht und Bericht über den Delegiertentag in Lüdenscheid.
 3. Beschlußfassung über die Erhöhung der Beiträge.
 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung d. Beiträge.
 5. Wahlen.
 6. Ernung der Jubilare für 25-jährige Mitgliedschaft.
 7. Festangelegenheit.
 8. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Anzüge

Hosen
Schlupfer

erhalten Sie bei uns auf

Kredit
und bequemer
Abzahlung.

Reichhaltiges Lager.
Reelle Bedienung.

Bekleidungs-Haus „Westfalia“
Hagen i. W.
Elbersufer 10, Ecke Haidenstr.

Briefkassetten

in schöner Auswahl
mit Briefbogen in verschiedenen Formaten mit und ohne Druck

empfiehlt

Wilt. Bell jr.,
Halver.

Stoffe
geeignet für
Anzüge
Kostüme
Mäntel
Kleider
Schlupfer

in allen gangbaren Dessins,
weit unter Fabrikpreis

von 40 Mk.

an per Meter.

Ia. Anzug-Zutaten
7teilig, 340.- Mk.

Reinwollener bl. Kammgarn
und Cheviot 1008
zu billigsten Preisen.

J. Engelberg,
Hagen i. Westf.
Frankfurterstr. 86.
Telefon 2214.

Sandwirtschaftl. Verein
Halver e. V.

Dienstag, den 23. cr. nachm.
4 Uhr

Hauptversammlung.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Direktors der Gastpflichtversicherung Münster.
 2. Rechnungsablage.
 3. Vorstandswahl.
 4. Verschiedenes
- Der Vorstand.

Erhalte Montag früh eine
große Auswahl

Oldenburger
Schweine.

Rob Zapp, Schalksmühle.
Fernsprecher 140

Tafel-Fahrpläne

der Eisenbahndirektion Elberfeld
für das Niederrhein-Westfälische
Industriegebiet.

Verkaufspreis 7 Mk.

sind vorrätig.

Wilt. Bell jr., Halver.